

Interview

Auf Antrag der SPD-Fraktion hatte der Landtag von Nordrhein-Westfalen im Mai 2023 die Enquete-Kommission „Chancengleichheit in der Bildung“ eingesetzt.

SPD NRW
Die Fraktion

Wir sprechen mit Jochen Ott, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, über die inhaltlichen Fragestellungen der Kommission.

Redaktion Herr Ott, die OECD hatte der deutschen Bildungspolitik und Gesellschaft bereits vor über 20 Jahren den Spiegel vorgehalten und den Finger in die Wunde gelegt: Das gegliederte Schulsystem ist ungerecht, benachteiligt Kinder aus armen Familien und erzeugt systemisch Verlierer.

Was soll also diese Kommission noch herausfinden, was wir nicht schon längst wissen?

Jochen Ott

Es geht um konkrete Vorschläge, wie wir Chancengleichheit in NRW endlich Wirklichkeit werden lassen. Dazu gehört natürlich auch die Bestandsaufnahme neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse. Dabei wollen wir uns vor allem die Schnittstellen zwischen Kita, Grundschule, weiterführender Schule und beruflicher/akademischer Bildung ganz genau anschauen. Wir gehen dabei der Frage nach, an welcher Stelle im System es besonders knirscht und uns die Kinder verloren gehen. Enquete-Kommissionen

sind ja immer darauf ausgerichtet, parteiübergreifendes Einvernehmen in gesellschaftlichen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu erzielen. Dadurch haben wir die Chance, das Bildungssystem in NRW substanziell weiterzuentwickeln und auch die Streits über Schulstrukturen zu überwinden.

Redaktion Zahlen belegen auch 20 Jahre nach PISA wieder, dass die schulische Bildungsbeteiligung im engen Zusammenhang mit der Sozialstruktur in einem Stadtteil steht – Kinder aus Schulen in armen Vierteln haben immer noch nachweislich schlechtere Chancen auf einen höherwertigen Bildungsabschluss als Kinder aus reichen Vierteln.

Inwieweit beschäftigt sich die Kommission mit dieser Tatsache?

Jochen Ott

Auch das wird sich die Kommission sehr genau anschauen. Allerdings haben wir in dieser Frage in der Tat kein Erkenntnis-, sondern ein Vollzugsdefizit. Mit dem neuen



Jochen Ott
Foto SPD-Fraktion

Schulsozialindex fallen jetzt über 400 Schulen in NRW in die beiden höchsten Stufen, die am meisten benachteiligt sind. Vorher waren es 26. Die Frage ist also vielmehr: Wie reagiert die Landesregierung mit der Ressourcenverteilung ganz akut darauf?

Redaktion Kürzlich forderten die Städte in NRW in ihrer „Gelsenkirchener Erklärung“ (16.11.23) vom Land viel mehr Geld für Schulen. Dem Schulsystem in NRW wird angesichts zahlreicher Baustellen, wie z.B. in den Bereichen Digitalisierung, Betreuungsangebote im Ganztags und Ressourcen für Schulen in armen Vierteln, ein Kollaps prognostiziert, wenn das Land nicht viel mehr Geld dafür in die Hand nehmen sollte.

Kann mehr Geld ein marodes Schulsystem retten oder brauchen wir einen Umbau hin zum integrierten System?

Jochen Ott

Das ist eine Frage, für die wir uns auch von der Enquete-Kommission Antworten erhoffen. Das längere gemeinsame Lernen hätte sicherlich auch unter Effizienzgesichtspunkten sehr viel Charme. Generell ist die Finanzierungsfrage aber natürlich zentral. Vieles scheitert schon allein daran, dass gar nicht mehr klar ist, welche Ebene für was überhaupt zuständig ist und welche Geldmittel sie dafür zur Verfügung hat. Deshalb fordern wir schon seit Jahren einen sogenannten „New Deal“ in der Bildungsfinanzierung. Fakt ist aber: Wir brauchen dringend mehr Geld für die Bildung – z.B. für ein multi-professionelles Unterstützungssystem, für eine auskömm-

liche Finanzierung des schulischen Sozialindex, für echte Kostenfreiheit für Familien, für die Digitalisierung unserer Schulen und auch für intakte Schul Toiletten.

Redaktion Gesamtschulen sehen sich gegenüber dem Gymnasium benachteiligt hinsichtlich Klassen-Größen, Inklusion, Lehrerversorgung und Lehrerbesoldung. Inwieweit ergreift die SPD-Fraktion hier die Initiative?

Jochen Ott

Das tun wir immer wieder. Es fällt ja auf, dass die CDU-geführte Landesregierung die Gesamtschulen, wo Inklusion und Integration ihr Zuhause haben, sehr stiefmütterlich behandelt. Das merkt man vor allem bei der Lehrerversorgung. Wir haben dazu unzählige Anfragen, Berichts-anforderungen und Anträge gestellt. Hier wird einfach deutlich, dass CDU und Grüne bei den Gesamtschulen keine Priorität sehen. Das wird sich erst ändern, wenn die SPD wieder regiert.

Redaktion Der Zwischenbericht zum Schulkonsens hat auch Probleme aufgezeigt („Bericht an den Landtag Zwei Jahre Schulkonsens“, siehe QR-Code rechts). Fordert die SPD einen Schlussbericht oder eine Evaluation?

Jochen Ott

Der Schulkonsens ist Ende vergangenen Jahres de facto ausgelaufen. Von der Landesregierung gab es dazu kein Wort, wie es jetzt weitergehen soll. Im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen steht nur, dass man den Schulfrieden wahren wolle. Wir fragen uns, auf welcher Basis das eigentlich passieren soll. Es gibt zahllose akute Probleme, die dringend angepackt und gelöst werden müssen – auch kurzfristig. Dazu gehören beispielsweise ein echter schulcharfer Sozialindex, mit dem wir Ungleiches ungleich behandeln, eine umfassende Lehrplanreform, die Einführung von Lehrerarbeitszeitkonten als Baustein für eine bessere Lehrerversorgung, ein Umdenken in der Lehrerbildung, indem wir auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften darin einbeziehen und Erfolgsquoten für Universitäten einführen, und auch ein Chancenjahr für Kinder mit Förderbedarf ab 4,5 Jahren. Wir bieten der Landesregierung seit über einem Jahr einen neuen Schulkonsens hierüber an. Die Antwort können Sie sich denken: gar keine. ◀

Infos

► Bericht an den Landtag: „Zwei Jahre Schulkonsens“



► Ausbau des Gesamtschulsystems



► Frage des Schulformwechsels



► 50. Geburtstag

